

Protokoll der ordentlichen Delegiertenversammlung vom 9. Mai 2019 in Lausanne

Eröffnung: Begrüssung

Beat Santschi, SMV-Zentralpräsident
Daniel Spörri, Vorstandsmitglied der Sektion Waadt

Referate: Pierre-Yves Maillard, Präsident SGB
Noémie L. Robidas, Directrice générale HEMU

Traktanden:

- 1. Wahl zweier StimmenzählerInnen**
- 2. Protokoll der ordentlichen Delegiertenversammlung vom 22. Mai 2018**
- 3. Abnahme der Tätigkeitsberichte**
- 4. Rechnungsablage SMV**
Kommentar zur Jahresrechnung 2018 Zentralkasse
Jahresrechnung Zentralkasse 2018
Jahresrechnung Sterbekasse 2018
Jahresrechnung Solidaritätsfonds 2018
Revisionsbericht 2018

Rechnungsablage Stiftung SMV (zur Kenntnisnahme)
Jahresrechnung 2018
Revisionsbericht 2018
- 5. Bericht der Geschäftsprüfungskommission**
- 6. Décharge an Zentralvorstand und Zentralsekretärin**
- 7. Anträge**
keine
- 8. Nomination Erneuerungswahl Gremien 2019/2020**
- 9. Budget 2019**
Kommentar zum Budget 2019 Zentralkasse
Budget 2019 Zentralkasse
- 10. Spesenreglement**
- 11. Good Governance**
Annahme der Richtlinien
- 12. Rückmeldung zum DV Antrag 2018**
- 13. Rückmeldungen aus der Präsidentenkonferenz**
- 14. Verschiedenes**

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Delegiertenversammlung 2019

Delegierte der Sektionen

Basel: David LeClair, Mirjam Sahli
Bern: Manuel Kuhn, Michael Meinen, Ingrid Schmanke
Biel: Sophie Laville, Beda Mast
Genf: Nicolas Curti, Muriel Lopez Guérinel, Loïc Schneider
Luzern: Jonas Moosmann
St. Gallen: Manuel Becker, Oriana Kriszten, Rüdiger Schwedes
Waadt: Daniel Margot, Daniel Spörri, Arnaud Stachnick
Winterthur: Armon Stecher, Franziska van Ooyen
Zürich: Hans-Peter Achberger, Jeannine Hirzel, Niklaus Kost, Andrea Kollé

Zentralvorstand:

Beat Santschi (Zentralpräsident), Alain Pasquier, Daniel Schädeli, Matthias Walpen

Zentralsekretariat:

Barbara Aeschbacher (Zentralsekretärin), Johannes Knapp (Gewerkschaftssekretär), Patricia Bühler (Assistentin Zentralsekretariat), Laurent Mettraux (SMZ-Redaktor)

Gäste:

Paola de Luca (SMPV), Felix Gass (GPK), Matthias Gautschi (Sonart), Ines Hübner (GPK), Pierre-Yves Maillard (SGB), Nina Rindlisbacher (SMR), Noémi L. Robidas (HEMU), Jocelyn Rudasigwa (Sonart), Peter Schönenberger (SMM), Katrin Spelinova (SMZ), Gilberte Werder (Vertreterin U-Musiker)

Für diese Versammlung haben sich entschuldigt:

Zentralvorstand:

Cristian Vasile, David Acklin, David Schneebeili, Luca Borioli

Gäste:

Annette Dannecker (SMPV), Bruno Marty (SIG), Verena Fehr (Sektion Zürich), Isabelle Chassot (BAK), Marie-Pierre Dieckmann (Übersetzerin), Cécile Drexel (SONART), Elisabeth Graf (SBKV), Stefano Kunz (SMR), Hans Peter Völkle (ehem. Zentralpräsident SMV), Hans Läubli (Suisseculture), Salva Leutenegger (SBKV), Omri Ziegele (Suisseculture), Danielle Nanchen (BAK), Edwin Nietlispach (Revisionsstelle), Heinz Marti (ehem. Zentralpräsident SMV), Bernhard Röthlisberger (Stv. GPK), Yolanda Schweri (CAST), Poto Wegener (Swissperform), Danièle Wüthrich (Swissperform), Irma Zemp (Buchhaltung SMV), Toni Krein (Orchester.ch)

Begrüssungen

Beat Santschi, SMV-Zentralpräsident

Beat Santschi begrüsst die Anwesenden zur Delegiertenversammlung des SMV.

Begrüssung durch Daniel Spörri, Vorstandsmitglied der Sektion Waadt

Daniel Spörri, Sekretär der Sektion Waadt, begrüsst die Delegierten. Lausanne sei nicht gerade zuoberst auf der musikalischen Landkarte, deswegen freue es ihn umso mehr, dass die diesjährige DV in Lausanne stattfinde. Weiter betont er, wie wichtig es sei - insbesondere für die Untersektion des Orchestre de Chambre de Lausanne (OCL), die derzeit einen neuen Gesamtarbeitsvertrag aushandele - sich vom Zentralverband unterstützt zu fühlen. Das Management des OCL habe einen Vertragsentwurf, wohl nach französischem Modell, vorgelegt. Gleichzeitig, so fügte Daniel Spörri hinzu, hätte die Direktion nicht verborgen, dass sie sich durch den aktuellen GAV behindert fühle – offenbar komme der Sozialpartnerschaft nicht mehr die gleiche Bedeutung zu. Da ein Wechsel im Management für Juli 2020 angekündigt ist, hofften die Musiker des OCL, dass ein neuer GAV nicht auf Biegen und Brechen noch vorher abgeschlossen werden müsse. Eine starke Gewerkschaft hinter sich zu haben, sei unter solchen Bedingungen sehr wichtig.

Pierre-Yves Maillard, Präsident SGB

Der erste Gastredner und neue Präsident des SGB, Pierre-Yves Maillard, begrüsst die Delegierten des SMV, der ja seit langen Jahren Mitgliedverband des SGB sei. Am vierten Tag seiner SGB-Präsidentschaft war er angereist zur SMV-DV, eine seiner ersten Amtshandlungen in seiner neuen Position. «Wie ist es möglich, dass Musiker mit einer solch umfassenden Ausbildung noch für anständige Gehälter kämpfen müssen?», fragte er, und bezeichnete diese Situation als befremdlich. Das aktuelle Beispiel der OCL zeige, dass Sozialpartnerschaften leider nicht selbstverständlich seien. Der SGB-Präsident ist der Ansicht, dass eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung unter den gegebenen Umständen für den Musiksektor nicht ideal wäre. Stattdessen, so gab er zu bedenken, könne sich ein stärkerer Druck auf öffentliche Subventionsgeber als wirksam erweisen, insbesondere wenn die politischen Vertreter eine gewisse Sensibilität für gewerkschaftliche Forderungen mitbrächten, was in den meisten Kulturstädten derzeit der Fall sei. Auch bot Maillard spontan seine Hilfe an, im Namen von Berufsmusikern allenfalls bei kantonalen Behörden zu intervenieren. Im weiteren Verlauf seiner Rede fasste er den aktuellen Stand der Beziehungen zur Europäischen Union und deren Auswirkungen auf die Schweizer Lohnpolitik (inkl. Kompensationsmassnahmen) zusammen. Trotz guter Ergebnisse hinsichtlich der Erhaltung von Lohnstabilität nannte er es jedoch inakzeptabel, dass die Kaufkraft (oder die Reallöhne, d.h. die Menge an Gütern, die ein Arbeitnehmer kaufen kann) in den Jahren 2017 und 2018, also in wirtschaftlich guten Zeiten, zurückgegangen ist. Zu guter Letzt verlieh Maillard seiner Zufriedenheit über die Präsenz des SMV in den Reihen des SGB Ausdruck. Pierre-Yves Maillard bedankt sich für die Einladung und verlässt die Versammlung aus terminlichen Gründen.

Noémie L. Robidas, Directrice générale HEMU

Ebenfalls erst seit Kurzem (1. März) im Amt, begrüsst die zweite Gastrednerin, Noémie L. Robidas, die Delegierten und Gäste der DV. Die neue Generaldirektorin der Haute École de Musique (HEMU) und des Conservatoire de Lausanne sprach in ihrer leidenschaftlichen Rede etliche wichtige Punkte an, darunter die Tatsache, dass in ihrem Herkunftsland professionelle Orchestermusiker verpflichtet seien, sich der Organization of Canadian Symphony Musicians anzuschliessen. Auf pädagogischer Ebene sei es ihr ein zentrales Anliegen, dass die Studierenden angemessen auf das berufliche Umfeld und die Realität des Arbeitsmarktes vorbereitet sind, so dass sie über die geforderten Leistungen hinaus auch eigenständig Projekte leiten können. Frau Robidas verlieh ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die Forschung, die Teil der Praxis sei, zukünftig mehr Platz in der HEMU einnehmen werde. Sie lud die SMV-Delegierten ein, ihre Gedanken und Beobachtungen zu den folgenden Fragen auszutauschen: Was fehlt in der Ausbildung aus Sicht eines Berufsmusikers? Wie müsste die Musikhochschule von morgen in Bezug auf die Bedürfnisse junger Musikschafter und der Berufswelt aussehen? Sie betonte, dass es ihr ein Anliegen sei, einen guten Kontakt herzustellen und sie sich mehr Wertschätzung und Anerkennung für die BerufsmusikerInnen wünsche. Die Musik als Berufsgattung müsse beliebter gemacht werden. Frau Noémie L. Robidas bedankt sich für die Einladung.

Der Zentralpräsident verliest die Namen der im vergangenen Jahr verstorbenen SMV-Mitglieder und bittet die Teilnehmer, sich zu erheben und in einer Schweigeminute der Verstorbenen zu gedenken.

Es wird von Jeannine Hirzel beantragt die Punkte 9 und 10 der Traktandenliste zu tauschen, damit das neue Spesenreglement besprochen werden kann, bevor das Budget verabschiedet wird.

Diesem Antrag wird stattgegeben.

1. Wahl zweier StimmenzählerInnen

Daniel Spörri und David LeClair werden einstimmig gewählt.

2. Protokoll der ordentlichen Delegiertenversammlung vom 22. Mai 2018

Die Zentralsekretärin entschuldigt sich für den Datumsfehler (Protokoll) in der Traktandenliste der französischen Version der Unterlagen.

Das Protokoll der Delegiertenversammlung 2018 wird einstimmig angenommen. Der Zentralpräsident bedankt sich bei den Protokollführerinnen.

3. Abnahme der Tätigkeitsberichte

Die Zentralsekretärin berichtigt den Fehler auf Seite 22 in der deutschen Fassung beim Tätigkeitsbericht der Sektion Bern: Beim zweiten Bericht handelt es sich nicht um den Bericht des Co-Präsidenten der Sektion, sondern um den Bericht des Präsidenten des Vereins des Berner Symphonieorchesters.

Bericht von Zentralvorstand und Zentralsekretariat

Keine Bemerkungen zum Bericht. Der Bericht wird einstimmig genehmigt.

Bericht zur SMV Stiftung für die Förderung und Unterstützung von Berufsmusikerinnen und Berufsmusikern

Keine Bemerkungen zum Bericht. Der Bericht wird einstimmig genehmigt.

Tätigkeitsberichte der Sektionen

Die Berichte der Sektionen werden der Reihe nach einstimmig genehmigt.

Tätigkeitsbericht des FIM-Vizepräsidenten

Keine Fragen zum Bericht. Der Bericht wird einstimmig genehmigt.

4. Rechnungsablage SMV

Jahresrechnung Zentralkasse 2018

Es liegt in den Unterlagen ein Kommentar zur Jahresrechnung 2018 vor, der die wesentlichen Abweichungen vom Budget erklärt.

Die Rechnung der Zentralkasse 2018 wird einstimmig genehmigt.

Jahresrechnung Sterbekasse 2018

Der Zentralpräsident erklärt, dass die Sterbekasse einen schwierigen Namen habe und ursprünglich zur Unterstützung von Mitgliedern oder deren Angehörigen gedacht war bei Begräbniskosten. Dafür werde sie allerdings seit Jahren nicht mehr gebraucht. Die Findung eines neuen Verwendungszweckes stehe auf der Pendenzenliste.

Keine weiteren Fragen. Die Rechnung 2018 wird einstimmig genehmigt.

Jahresrechnung Solidaritätsfonds 2018

Der Präsident klärt auf, dass der Solidaritätsfond die gewerkschaftliche Streikkasse sei.

Keine Fragen/Bemerkungen zum Solidaritätsfonds. Die Rechnung 2018 wird einstimmig genehmigt.

Revisionsbericht 2018

Keine Fragen dazu; der Revisionsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Rechnungsablage SMV Stiftung(zur Kenntnisnahme)
Jahresrechnung 2018 und Revisionsbericht 2018

Keine Fragen zur Rechnungsablage Stiftung SMV; die Jahresrechnungen der Stiftung und der Revisionsbericht werden zur Kenntnis genommen.

5. Bericht der Geschäftsprüfungskommission

Der Zentralpräsident dankt den Mitgliedern der GPK, Felix Gass und Ines Hübner, für ihren grossen Einsatz.

Es gibt keine Fragen zum Bericht; der GPK-Bericht wird einstimmig angenommen und verdankt.

6. Décharge an Zentralvorstand und Zentralsekretärin

Die Mitglieder des Zentralvorstandes und die Zentralsekretärin werden einstimmig entlastet. Der Zentralpräsident bedankt sich im Namen des Zentralvorstandes und des Zentralsekretariats für das entgegengebrachte Vertrauen.

7. Anträge

keine

8. Nomination Erneuerungswahl Gremien 2019/2020

Auch wenn aktuell kein Wahljahr ist, werden die Nominationen für die Wahlen in Gremien 2020 jetzt bereits vorgenommen, um noch allfällige Justierungen einbringen zu können - wie anlässlich der letzten DV beantragt.

Vertreter im SIG-Vorstand (*Wahl durch GV SIG im Sommer 2020, ad personam, für 2 Jahre*)

Beat Santschi, Vizepräsident
Barbara Aeschbacher
Felix Gass
Stéphane Gonties
Mirjam Sahli
Sebastian Schindler (neu)
Catherine Suter

Die Sektion Bern ist etwas konsterniert, dass sie nicht über die Nomination von Sebastian Schindler informiert ist, stimmt jedoch dieser Nomination zu.

SIG Verteilausschuss

Keine Nominationen durch den SMV möglich. Wahlen finden an der GV statt. Der Einsitz in den SIG Verteilausschuss basiert nicht auf einer Verbandsmitgliedschaft.

Fachbeirat Netzwerk junge Ohren (*Wahl durch NjO Vorstand 2020, für 2 Jahre, ad pers.*)

Matthijs Bunschoten wird einstimmig nominiert.

Alain Pasquier – selber ehemaliger Fachbeirat njo – merkt an, dass eine Rotation bei diesem Amt alle 4 Jahre wünschenswert sei.

10. Spesenreglement

Auf Anregung der GPK wird das Spesenreglement der Delegiertenversammlung zur Genehmigung vorgelegt. Zu diesem Anlass wurde es auch gleich inhaltlich überarbeitet und neu strukturiert.

Zu Beginn wird aus der Versammlung darauf hingewiesen, dass das vorliegende Spesenreglement nicht alles abdecke. So sei zum Beispiel unklar, wie der heutige Sitzungstag mit Präsidentenkonferenz, Mittagessen und Delegiertenversammlung abgerechnet werden müsse (wie und wozu wird die Zeit für das Mittagessen gerechnet?).

Die Sektion Zürich stellt folgenden Antrag zum Spesenreglement:

Das aktuelle Spesenreglement soll weiterhin gültig bleiben. Für den Zeitraum von einem Jahr soll neben der Auszahlung nach dem bisherigen Reglement in einer Schattenrechnung die hypothetischen Auszahlungen nach dem neuen, vorliegenden Reglement sowie nach dem von der Zentralsekretärin eingebrachten Vorschlag E zum Spesenreglement geführt werden. Ziel ist es, in einem Jahr die verschiedenen Vorschläge betragsmässig vergleichen zu können und damit eine bessere Grundlage für die Abstimmung über ein Spesenreglement zu haben. Des Weiteren soll das bisherige Reglement beigelegt und die Änderungen begründet werden.

Hans-Peter Achberger begründet dies damit, dass die Erarbeitung des neuen Spesenreglements zeitintensiv gewesen sei und viele Ressourcen gebunden habe und es eine gute, abgestützte Lösung brauche. Er äussert Verunsicherung und Irritation im Zusammenhang mit einer Nachfrage des BAK 2018 über die Höhe der SMV-Spesen, die offenbar deutlich über den Spesen der anderen Verbände liegen würden. Dies insbesondere in Verbindung mit der Tatsache, dass das vorliegende neue Reglement offenbar auf einem Vorschlag beruhe, der kurzfristig in der letzten Zentralvorstandssitzung eingebracht und angenommen worden, aber in der Sitzung nicht vollständig durchgerechnet worden sei. Auch habe sich die Zentralsekretärin gegenüber dem Zentralvorstand von diesem Vorschlag und dem Prozess der Entscheidungsfindung distanziert. Dies alles veranlasse die Sektion Zürich zu ihrem Antrag, mit dem Ziel, in einem Jahr, gestützt auf fundierte und für die Delegierten nachvollziehbare Grundlagen, über ein neues Spesenreglement abstimmen zu können.

Felix Gass gibt zu bedenken, dass es bei der Anregung der GPK, das Spesenreglement durch die Delegiertenversammlung genehmigen zu lassen, nicht darum gegangen sei, Einsparungen an den Spesen vorzunehmen. Wenn die Anpassungen höhere Kosten zur Folge hätten, könne das auch darauf hinweisen, dass die Spesenentschädigung bis jetzt einfach zu niedrig gewesen sei, denn Spesen hingen nicht im luftleeren Raum, sondern bildeten effektive Kosten ab. Er finde, dass über den genauen Wortlaut und detaillierten Inhalt des Spesenreglements nicht abgestimmt werden sollte und äussert Befremden über die Art und Weise des Vorgehens. Rein organisatorisch und strukturell sei es nicht logisch, wenn der Zentralvorstand hier keinen Entscheidungsspielraum habe und der Vorschlag in dieser Art und Weise in Frage gestellt werde. Er sei der Meinung, dass, wenn es keine gewichtigen Punkte zu korrigieren gäbe, grundsätzlich dem neuen Spesenreglement zugestimmt werden könne. Ansonsten sei der Moment da, Anträge für konkrete Änderungen zu stellen. In der Wirkung halte er von einer Verschiebung der Abstimmung über das Reglement um eine Jahr nicht viel. Der Zentralvorstand sei sich in einem Jahr kaum einiger in den divergierenden Punkten.

Ingrid Schmanke merkt an, dass es sich aber nicht nur um Spesenauslagen handle, sondern auch um Vergütungen für Sitzungen etc. Es sei die Verpflichtung eines Verbandes, diese Ausgaben so gering wie möglich zu halten. Es gäbe Neumitglieder, die den Jahresbeitrag nicht begleichen könnten.

Gemäss David LeClair fehlen für eine Meinungsbildung Vergleichsmöglichkeit und Gegenüberstellung mit dem bisherigen Reglement. Diese Auffassung wird auch von anderen Delegierten geteilt.

Die Zentralsekretärin erklärt, wie es zu den Änderungen im neuen Spesenreglement kam: Die GPK hatte in den letzten Jahren angeregt, dass das Spesenreglement von der DV abzunehmen sei, und dass zudem verschiedene Punkte klarer zu definieren seien und eine neu strukturelle Gliederung, insbesondere eine Aufteilung in Spesenrückerstattung, Vergütungen und Auslagenrückerstattung vorgenommen werden sollte. In einem ersten Teil seien die effektiven Spesenvergütungen wie Essen und Reise separat auszuweisen, in einem zweiten Teil die Vergütungen für Sitzungsteilnahmen zu regeln und in einem dritten Teil die Rückerstattung von übrigen Auslagen, die vorfinanziert wurden. In der Folge dieser neuen Aufteilung seien Reisezeit und Sitzungszeit aufgesplittet worden und es mussten dafür neue Ansätze gefunden werden. Ebenso habe es Änderungen gegeben bei der Mahlzeitenentschädigung.

Der Zentralpräsident stimmt zu, dass es in der Tat schwierig sei, die Änderungen nachzuvollziehen, ohne eine Gegenüberstellung des bisherigen und des neuen Spesenreglements. Die wesentlichen Änderungen seien, wie bereits kommuniziert, struktureller Natur. Geändert worden seien auch die Ansätze für die Zentralvorstandssitzungen und die Taggelder. Der Betrag

sei aber nicht einfach höher. Bei der Reisezeit z.B. sei eine flexible Grösse eingeführt worden. Grundsätzlich seien die Auswirkungen jedes Jahr in der Rechnung und im Budget ersichtlich.

Die Sektion Bern beantragt dem Antrag der Sektion Zürich Folge zu leisten und das Spesenreglement um ein Jahr zurück zustellen. Zusätzlich soll den Mitgliedern das aktuelle Spesenreglement zugestellt werden.

Felix Gass bekräftigt, dass man eigentlich das Vertrauen in den ZV haben müsste, dass das Spesenreglement sorgfältig ausgearbeitet worden sei. Er habe dies voll und ganz. Sollten inhaltliche Dinge zur Diskussion stehen, könnten jetzt Abänderungsanträge gestellt werden, über die die DV abstimmen könne.

Ingrid Schmanke merkt an, wenn sie das Gefühl bekomme, dass nicht alle im Zentralvorstand und auch die Zentralsekretärin nicht hundertprozentig hinter diesem Reglement stehen würden, habe sie eben nicht das vollste Vertrauen in den Zentralvorstand. Es gehe deshalb für sie nicht darum, einzelne Punkte zu ändern, sondern um grundsätzliche Überlegungen.

David LeClair weist darauf hin, dass dazu ja ein Antrag der Sektion Zürich vorliege und darüber abgestimmt werden sollte.

Hans-Peter Achberger stimmt Felix Gass grundsätzlich zu, dass man Vertrauen haben sollte in die Entscheidungen des Zentralvorstandes. Jedoch werfe es schon Fragen auf und irritiere, wenn er in einem Protokoll des Zentralvorstandes lesen müsse, dass bei diesem Traktandum Spesenreglement ein Vorstandsmitglied aufstehe und aus Protest die Sitzung verlasse. Und es irritiere ihn weiter, wenn sich die Zentralsekretärin offenbar von Vorgehen und Entscheid distanzieren. Er wolle dies alles nicht bewerten und kenne die Diskussionen dazu nicht, könne aber einem solchen Reglement nicht mit gutem Gewissen zustimmen, und deswegen komme dieser Antrag aus der Sektion Zürich. Diesen formuliert Hans-Peter Achberger im Anschluss nochmals.

Der Zentralpräsident weist darauf hin, dass die Zentralsekretärin an den Sitzungen des Zentralvorstandes nur eine beratende Stimme habe und das Entscheidungsgremium der Zentralvorstand sei. Der von der Zentralsekretärin formulierte Vorschlag E, der nun in die Schattenrechnung einfließen solle, sei kein vom Vorstand verabschiedeter Vorschlag. Er habe in vielen Fällen eine deutliche Reduktion zur heutigen Entschädigung gezeigt aufgrund der strukturellen Änderungen. Deswegen seien Änderungen an diesem Vorschlag E vorgenommen worden anlässlich der letzten Zentralvorstandssitzung. Diese seien die Basis für das vorliegende neue Reglement und vom Zentralvorstand verabschiedet. Des Weiteren sei die Revision des Reglements keine Sparübung. *Er bittet Hans-Peter Achberger zu begründen, weshalb er diesen Vorschlag E, der von der Zentralsekretärin stamme und nicht vom Zentralvorstand, mit in die Schattenrechnung einfließen lassen wolle.*

Hans-Peter Achberger erklärt, dass alle über die Lektüre der ZV-Protokolle die Geschichte hätten mitverfolgen können. Der Vorschlag E sei der Versuch der Zentralsekretärin gewesen, die bisherigen Meinungen zusammenzufassen und durchgerechnet dem Zentralvorstand vorzulegen. Der Zentralvorstand habe sich in der Folge nicht einigen können und es habe dann aus dem Stand heraus ad hoc einen neuen Vorschlag, eben den vorliegenden – gegeben. Von diesem und dem Vorgehen dazu habe sich die Zentralsekretärin distanziert. Dies irritiere ihn, denn für ihn sei die Zentralsekretärin eine massgebende Funktion in diesem Verband und dieser Funktion müsse er auch vertrauen können. Deshalb denke er, es sei am einfachsten und aufschlussreichsten, wenn in einer Schattenrechnung sowohl der vorliegende Vorschlag wie auch derjenige der Zentralsekretärin mitgerechnet würde während eines Jahres.

Ines Hübner stellt die Verständnisfrage, auf welches Zentralvorstandsprotokoll sich Hans-Peter Achberger beziehe – offenbar auf dasjenige der 3. Zentralvorstandssitzung 2019, wo doch noch gar kein Protokoll vorliege, mindestens ihr nicht.

Der Zentralpräsident bestätigt, dass das Protokoll zu dieser Sitzung noch nicht fertig erstellt und entsprechend auch noch nicht verschickt ist.

Hans-Peter Achberger erklärt, dass er sich tatsächlich auf diese Sitzung beziehe und darüber informiert sei, weil die Sektion Zürich Vertreter im Zentralvorstand habe.

Ines Hübner und Franziska van Oyen stellen irritiert fest, dass die Sektion Zürich offenbar über mehr Informationen verfüge als die anderen Sektionen.

Felix Gass weist darauf hin, dass strukturell an den Entscheidungen des Gesamtvorstandes festgehalten werden müsse, ob diese nun berechtigt seien oder nicht – dies auch wenn einzelne Mitglieder damit nicht einverstanden seien. Es sei eben nicht bei allen Vorstandsentscheiden Einstimmigkeit möglich.

Jeanine Hirzel möchte wissen, ob die Zentralsekretärin am vorliegenden Vorschlag mitgearbeitet habe.

Die Zentralsekretärin erklärt, dass der vorliegende Vorschlag ad hoc in der Sitzung ausgearbeitet worden sei, basierend auf ihrem Vorschlag E, aber in einigen Punkten davon abweichend. Der vorliegende Vorschlag sei zu jenem Zeitpunkt nicht vollständig durchgerechnet worden.

Der Zentralpräsident führt aus, dass er diese Modellrechnungen vorgeschlagen und auch als erster entwickelt habe. Beim Vorschlag E der Zentralsekretärin sei bei vielen Sitzungskategorien – insbesondere bei jenen, die am häufigsten vorkommen würden – eine deutliche Reduktion der Spesenentschädigung festzustellen. Er bzw. der Gesamtvorstand sei nicht der Meinung, dass die Revision dieses Reglements zum Ziel haben sollte, eine Sparübung durchzuziehen. Vielmehr sollten die Vertreter, welche ehrenamtlich arbeiten, eine faire Entschädigung bekommen.

Die anwesenden Mitglieder des Zentralvorstandes äussern sich auf entsprechende Bitte aus der Versammlung einzeln kurz zum Thema: Grundsätzlich sei es kein Problem, wenn der Antrag der Sektion Zürich angenommen werde. Es zeige, dass es unklare Punkte gebe. Es wird vorgeschlagen, sensible Diskussionen vielleicht künftig frühzeitig in einer Vernehmlassung zu kommunizieren. Auch sei ersichtlich, dass das gegenwärtige Spesenreglement nicht sehr bekannt sei unter den Mitgliedern.

Es wird über den Antrag der Sektion Zürich abgestimmt. Der Antrag wird bei 4 Enthaltungen angenommen.

9. Budget 2019

Der Kommentar zum Budget 2019 der Zentralkasse liegt vor.

Keine Fragen oder Anmerkungen aus der Versammlung zum Budget der Zentralkasse. Das Budget 2019 wird angenommen. 1 Enthaltung.

11. Good Governance Annahme der Richtlinien

Hans-Peter Achberger unterstreicht in einer kurzen Erläuterung die Bedeutung des mehrseitigen Dokuments für die Arbeit der verbandsinternen Gremien: Wahrung und Steigerung der Effizienz, klare Arbeitsabläufe und Entscheidungswege und nicht zuletzt eine geregelte Kompetenzverteilung. Er betont, dass es sich bei den Maximen nicht um rechtliche Paragraphen handle, die eingeklagt werden könnten, sondern um Richtlinien.

Hans-Peter Achberger bedankt sich für die Mitarbeit bei der Sektion Waadt mit François Dinkel, der Sektion Biel mit Beda Mast, der Sektion Bern mit Ingrid Schmanke und bei Felix Gass von der Sektion St. Gallen / GPK, und zu guter Letzt bei David Acklin für eine Durchsicht im Auftrag des Zentralvorstandes.

Weder Diskussion noch Einwände zu diesen Richtlinien. Die Good Governance Maximen werden bei zwei Enthaltungen angenommen.

12. Rückmeldung zum DV Antrag 2018

Der Antrag forderte die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Abklärung und Entwicklung möglicher Modelle für eine überregionale oder gesamtschweizerische Geschäftsstelle. Hans-Peter Achberger und Johannes Knapp führen aus, dass diese Arbeitsgruppe gebildet wurde und in ihrer Arbeit unterdessen vorangekommen sei. Es habe sich gezeigt, dass eigentlich viel mehr eine überregionale AHV-Abrechnungsstelle gewünscht werde als eine Geschäftsstelle. Drei Szenarien hätten sich zwischenzeitlich herauskristallisiert: die Einrichtung der Abrechnungs-

stelle in enger Zusammenarbeit mit einer der verbleibenden SMV-Geschäftsstellen, die Einrichtung einer eigenen Abrechnungsstelle durch den SMV, wobei diese Variante mit erheblichem Aufwand und einem gewissen unternehmerischen Risiko verbunden wäre, und zudem genüge die Rechtsform des Vereins wahrscheinlich dazu nicht. Oder aber es werde die Zusammenarbeit mit einer bereits bestehenden Organisation auf diesem Gebiet gesucht. Vielleicht finde man in diesem Zusammenhang auch einen neuen Verwendungszweck für die Sterbekasse.

13. Rückmeldungen aus der Präsidentenkonferenz

Der Zentralpräsident gibt einen kurzen Rückblick auf die vorangegangene Präsidentenkonferenz. Sie sei im Wesentlichen den jüngsten Bemühungen des SMV zugunsten einer stärkeren Verankerung des Minimaltarifs in der Kulturförderung durch die öffentliche Hand gewidmet gewesen. Auf das 2017 in Kraft getretene Orchesterfördermodell des Kantons Basel-Stadt seien die Teilnehmenden vertieft eingegangen. Im Zusammenhang mit der Tarifsensibilisierung sei beschlossen worden, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich um die Erarbeitung eines neuen Tarifs kümmere für Engagements, die vom bisherigen Tarif (gilt eigentlich nur für Orchesterzuzüger) nicht erfasst würden.

Des Weiteren sei festgestellt worden, dass der Tarifvertrag zwischen SMV und orchester.ch über die Zuzügertarife nicht überall und in allen Details eingehalten werde. Deswegen sei beschlossen worden, diesen Sachverhalt bei den Orchestern genauer zu untersuchen. Eine solche Bestandsaufnahme sei entscheidend, um die Problematik überhaupt richtig angehen zu können.

Weiter habe sich gezeigt, dass die Regelungen für eine Akkreditierung der Zuzüger unterschiedlich seien in den Orchestern. Auch hier sei beschlossen worden, eine Erhebung zu machen.

Als vierter und letzter Punkt sei wieder das Thema der Praktikanten und Studenten aufgenommen. Auch hier werde die Datensammlung weiter geführt, basierend auf der letzten Umfrage.

Gute Nachrichten gebe es aus dem MKW zu vermelden, wo nach sieben Jahren eine Lohnkürzung wieder rückgängig gemacht werden konnte.

14. Verschiedenes

Hans-Peter Achberger bittet im Namen der Sektion Zürich um eine detaillierte Aufschlüsselung der Kosten für den SMV, die die Wahrnehmung des FIM-Präsidiumssitzes durch den SMV-Zentralpräsidenten mit sich bringen. Alain Pasquier bittet die Sektion, sich mit einer entsprechenden schriftlichen Anfrage direkt an das Zentralsekretariat zu wenden.

David LeClair weist darauf hin, dass für das Sinfonieorchester Basel eine orchesterinterne Weisung erstellt worden sei, welche die Zuständigkeiten des Orchestervorstandes regelt. Es wird angeregt, dass diesbezüglich ein Austausch zwischen den Sektionen stattfindet. Diese Weisung wird über die Zentralsekretärin an alle Sektionen weitergeleitet.

Sophie Laville regt an, eine zusätzliche Gruppe für den SMV-Austausch auf Facebook zu eröffnen.

Beat Santschi verabschiedet die Teilnehmenden und wünscht allen eine gute Heimreise.

Ende: 16:10

Für das Protokoll:

Barbara Aeschbacher
Zentralsekretärin

Patricia Bühler
Administration

Publikation:

Das Protokoll wird auf der SMV-Website veröffentlicht und kann auch auf dem Zentralsekretariat eingesehen werden. Auf diese Möglichkeiten wird in der September-Nummer 2019 der SMZ hingewiesen.

Rekurs:

Gegen Entscheide dieser ordentlichen Delegiertenversammlung kann bis am 31. Oktober 2019 (bis zum Ende des der Publikation folgenden Monats) von einem Sechstel aller Mitglieder Rekurs erhoben und die Urabstimmung verlangt werden (Art. 20, SMV Statuten vom 15. Juli 1998 / Revision 3. April 2007).